

Niederschrift

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 13.12.2023

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,

Marktplatz 2,

06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:54 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. Bodo Meerheim Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Katja Müller

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)

Vertreterin für Herrn Lange

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Dr. Christoph Bergner Andreas Scholtyssek CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Dennis Helmich Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

anwesend ab 16:28 Uhr

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Melanie Ranft

Alexander Raue AfD-Stadtratsfraktion Halle

Vertreter für Herrn Heym

Tom Wolter Fraktion MitBürger

anwesend bis 17:55 Uhr Fraktion Hauptsache Halle

anwesend bis 17:45 Uhr

Eric Eigendorf SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Verwaltung

Andreas Wels

Egbert Geier Bürgermeister,

Beigeordneter für Finanzen und Personal

Dr. Judith Marquardt Beigeordnete für Kultur und Sport Katharina Brederlow Beigeordnete für Bildung und Soziales

Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt René Rebenstorf

Grundsatzreferent Oliver Paulsen

Thomas Stimpel Referent für Finanzen und Personal

Marco Schreyer Leiter Fachbereich Recht

Maik Stehle Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Hendrik Lange Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)

Carsten Heym AfD-Stadtratsfraktion Halle

Torsten Schaper Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Hauptausschusses wurde vom Bürgermeister, **Herrn Egbert Geier**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bürgermeister Geier schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung im öffentlichen Teil zu nehmen:

TOP 6.1

Abwägungsbeschluss zur 2. Änderung der Satzung der Stadt Halle über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge, Abstellplätze für Fahrräder und über die Erhebung von Ablösebeträgen (Stellplatzsatzung)

Vorlage: VII/2023/06427

- → Vorschlag: absetzen
- → gleiche Voten in Fachausschüssen

TOP 6.2 + ÄÄ TOP 6.2.1

Satzungsbeschluss zur 2. Änderung der Satzung der Stadt Halle über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge, Abstellplätze für Fahrräder und über die Erhebung von Ablösebeträgen (Stellplatzsatzung)

Vorlage: VII/2023/06428

- → Vorschlag: absetzen
- → gleiche Voten in Fachausschüssen

TOP 6.4

Wirtschaftsplan 2024 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2023/05948

- → Vorschlag: absetzen
- → gleiche Voten in Fachausschüssen

TOP 6 5

Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)

Vorlage: VII/2023/06379

- → Vorschlag: absetzen
- → gleiche Voten in Fachausschüssen

TOP 6.6

Wirtschaftsplan 2024 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)

Vorlage: VII/2023/06415

- → Vorschlag: absetzen
- → gleiche Voten in Fachausschüssen

TOP 7.1

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Ersatz für den Kulturtreff Halle-Neustadt

Vorlage: VII/2023/06185

→ Vorschlag: vertagen

→ in den Fachausschüssen vertagt

TOP 7.4

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung von Zielen und Qualitätskriterien für Veranstaltungen und Märkte auf dem halleschen Marktplatz und anderen zentralen Plätzen

Vorlage: VII/2023/05673

→ Vorschlag: vertagen

→ in den Fachausschüssen vertagt

TOP 7.4.1

Änderungsantrag der Fraktion Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung von Zielen und Qualitätskriterien für Veranstaltungen und Märkte auf dem halleschen Marktplatz und anderen zentralen Plätz Vorlage: VII/2023/06170

→ Vorschlag: absetzen

→ im Fachausschuss zurückgezogen

TOP 7.9

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung der Erweiterung der Park + Ride-Station Trotha

Vorlage: VII/2023/06316

→ Vorschlag: vertagen

→ in den Fachausschüssen vertagt

TOP 7.10

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Installation fahrradsicherer Gleise

Vorlage: VII/2023/06318

→ Vorschlag: vertagen

→ in den Fachausschüssen vertagt

TOP 7.16

Antrag der Fraktion "Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig" zum Abbau der Bevorzugung des motorisierten Individualverkehrs

Vorlage: VII/2023/06176

→ Vorschlag: absetzen

→ keine unterschiedlichen Voten

TOP 7.17

Antrag der Fraktion "Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig für eine Seilbahn als Alternative zur Straßenbahn

Vorlage: VII/2023/06306

→ Vorschlag: absetzen

→ keine unterschiedlichen Voten

Herr Bürgermeister Geier schlug vor den Tagesordnungspunkt 12.1 im nicht öffentlichen Teil abzusetzen, da es eine besondere Beratungsreihenfolge nach der Eigenbetriebssatzung gibt, sodass dieser Vergabebeschluss direkt in den Stadtrat läuft.

Herr Bürgermeister Geier machte auf folgende Änderungen und Ergänzungen aufmerksam:

TOP 7.2

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD-Fraktion, MitBürger und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung einer Richtlinie für ein Baulandmodell Halle (Saale) Vorlage: VII/2023/06039

→ Beschlusstext wurde geändert

TOP 7.5

Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Durchführung eines jährlichen Verkehrssicherheitstages für Fahrradfahrer in der Stadt Vorlage: VII/2023/06041

→ ÄÄ der Fraktion Die PARTEI, Behandlung unter TOP 7.5.1

Herr Raue vertagte im Namen seiner Fraktion den Tagesordnungspunkt 7.5.

Herr Raue beantragte die gemeinsame Behandlung der Tagesordnungspunkte 7.3 und 7.6.

Herr Wolter vertagte im Namen von Herrn Dr. Wend den Tagesordnungspunkt 7.13.

Herr Scholtyssek fragte, ob der Tagesordnungspunkt 7.11 abgesetzt werden muss, da es in den Fachausschüssen gleiche Voten gab.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass dieser Antrag explizit in den Hauptausschuss verwiesen wurde.

Herr Wels vertagte im Namen seiner Fraktion den Tagesordnungspunkt 7.12.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Bürgermeister Geier bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

- 3. Einwohnerfragestunde
- 4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.11.2023
- 5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 15.11.2023 Vorlage: VII/2023/06599

- 6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Abwägungsbeschluss zur 2. Änderung der Satzung der Stadt Halle über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge, Abstellplätze für Fahrräder und über die Erhebung von Ablösebeträgen (Stellplatzsatzung)
 Vorlage: VII/2023/06427

 ABGESTZT
- 6.2. Satzungsbeschluss zur 2. Änderung der Satzung der Stadt Halle über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge, Abstellplätze für Fahrräder und über die Erhebung von Ablösebeträgen (Stellplatzsatzung)

 Vorlage: VII/2023/06428

 ABGESTZT
- 6.2.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Satzungsbeschluss zur 2. Änderung der Satzung der Stadt Halle über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge, Abstellplätze für Fahrräder und über die Erhebung von Ablösebeträgen (Stellplatzsatzung) Hier: VII/2023/06428 Vorlage: VII/2023/06610 ABGESTZT
- 6.3. Betrauungsakt mit der Stadion Halle Betriebs GmbH zum Fußball-Nachwuchsleistungszentrum Vorlage: VII/2023/06538
- 6.4. Wirtschaftsplan 2024 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale)
 Vorlage: VII/2023/05948 A B G E S T Z T
- 6.5. Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
 Vorlage: VII/2023/06379

 ABGESTZT
- 6.6. Wirtschaftsplan 2024 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
 Vorlage: VII/2023/06415 A B G E S T Z T
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Ersatz für den Kulturtreff Halle-Neustadt
 Vorlage: VII/2023/06185

 VERTAGT
- 7.2. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD-Fraktion, MitBürger und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung einer Richtlinie für ein Baulandmodell Halle (Saale) Vorlage: VII/2023/06039
- 7.3. + Antrag der CDU-Fraktion Partnerschaft zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Deutschen Bundeswehr stärken Vorlage: VII/2023/06437
- 7.6 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Durchführung eines öffentlichen Gelöbnisses in der Stadt Halle (Saale)
 Vorlage: VII/2023/06332
- 7.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung von Zielen und Qualitätskriterien für Veranstaltungen und Märkte auf dem halleschen Marktplatz und anderen zentralen Plätzen Vorlage: VII/2023/05673

7.4.1. Änderungsantrag der Fraktion Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung von Zielen und Qualitätskriterien für Veranstaltungen und Märkte auf dem halleschen Marktplatz und anderen zentralen Plätz

Vorlage: VII/2023/06170 **A B G E S T Z T**

- 7.5. Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Durchführung eines jährlichen Verkehrssicherheitstages für Fahrradfahrer in der Stadt Vorlage: VII/2023/06041 VERTAGT
- 7.5.1. Änderungsantrag der Fraktion Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig zum Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Durchführung eines jährlichen Verkehrssicherheitstages für Fahrradfahrer in der Stadt (VII/2023/06041)

 Verlage: VII/2023/06413

 Verlage: VII/2023/06413
- 7.7. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Feststellung einer Mitgliedschaft im Ausschuss für Planungsangelegenheiten Vorlage: VII/2023/06545
- 7.8. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Feststellung einer Mitgliedschaft im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung Vorlage: VII/2023/06549
- 7.9. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung der Erweiterung der Park + Ride-Station Trotha Vorlage: VII/2023/06316 VERTAGT
- 7.10. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Installation fahrradsicherer Gleise Vorlage: VII/2023/06318 VERTAGT
- 7.11. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Reinigung der von den Freiwilligen Feuerwehren genutzten Räume in städtischen Liegenschaften Vorlage: VII/2023/06327
- 7.12. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse Vorlage: VII/2023/06444 VERTAGT
- 7.13. Antrag des Stadtrates Detlef Wend (MitBürger) zur Abschaffung von Bonuszahlungen und Herstellung von Gehaltstransparenz für Geschäftsführende städtischer Beteiligungen
 Vorlage: VII/2023/06218

 VERTAGT
- 7.14. Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Einrichtung einer zentralen Ansprechstelle im Fachbereich Sicherheit zur Meldung von Vorfällen im Bereich der Jugendkriminalität in Halle (Saale) Vorlage: VII/2023/06344
- 7.15. Antrag der Fraktion "Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig" zur Vorbeugung der Yuppisierung von Stadtquartieren Vorlage: VII/2023/05967
- 7.16. Antrag der Fraktion "Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig" zum Abbau der Bevorzugung des motorisierten Individualverkehrs Vorlage: VII/2023/06176 A B G E S T Z T

7.17. Antrag der Fraktion "Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig für eine Seilbahn als Alternative zur Straßenbahn Vorlage: VII/2023/06306 A B G E S T Z T

- 8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vermeidung von Einwegverpackungen bei "to-go"-Angeboten Vorlage: VII/2023/06450
- 8.2. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zu städtepartnerschaftlichem Engagement Vorlage: VII/2023/06451
- 8.3. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Ausstellung "ToleranzRäume"
 Vorlage: VII/2023/06452
- 8.4. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Wiederverwendung abgeräumter Grabsteine Vorlage: VII/2023/06453
- 8.5. Mitteilung zur Anregung der Freien Demokraten (FDP) zur Verlängerung der Öffnungszeiten in der Stadtbibliothek Halle Vorlage: VII/2023/06464
- 8.6. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Schaaf zur BbS Friedrich List
- 8.7. Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Frau Krimmling-Schoeffler zur Wegebeziehung Haltestelle Marktplatz
- 8.8. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Aldag zur zeitlichen Planung von Veranstaltungen
- 8.9. Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Frau Dr. Burkert zur Sauberkeit im Umfeld des Galeria-Kaufhof Gebäudes
- 8.10. Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Frau Dr. Burkert zur Toilettennutzung des Galeria-Kaufhof Gebäudes während der Zeit des Weihnachtsmarktes
- 8.11. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Schied zur Überarbeitung der Hausordnung vom Stadthaus und der Schmeerstraße
- 8.12. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Raue zur Ordnung des Fluchttreppenhauses im Stadthaus
- 9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10. Anregungen
- 11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.11.2023

- 12. Beschlussvorlagen
- 12.1. Vergabebeschluss: Kita-B-2023-031 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) Sanierung Kita Tabaluga/Fuchs und Elster, Gottfried-Semper-Straße 15/16, 06124 Halle (Saale) Los 03 Erdbau, Rohbau, Abdichtung Vorlage: VII/2023/06377
- 12.2. Beförderung eines Beamten der Stadt Halle (Saale) ab Besoldungsgruppe A 12 Landesbesoldungsgesetz Sachsen-Anhalt (LBesG LSA) zum n\u00e4chstm\u00f6glichen Zeitpunkt

Vorlage: VII/2023/06526

12.3. Weiterbeschäftigung einer Beschäftigten über die Altersgrenze hinaus bis zum 31.03.2024

Vorlage: VII/2023/06560

- 13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 13.1. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zu zwei Personalangelegenheiten Vorlage: VII/2023/06343
- 14. Mitteilungen
- 15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 16. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Herr Bürgermeister Geier eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu 3.1 Fragesteller 1 zum Sachstand Kommunales Konfliktmanagement

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Heym wurde zu folgendem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Fragesteller 1

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich knüpfe an meine Frage in diesem Ausschuss im August an. Die wiederum auf eine bereits schon mal gestellte Frage zum kommunalen Konfliktmanagement abstellte. Am 30.11. im Jugendhilfeausschuss gab es eine Präsentation über das aktuelle Projektgeschehen in der Allianz und spielt das kommunale Konfliktmanagement auch eine Rolle. Ich war sehr erstaunt, dass dort im Kern, was das KokoMa anbetrifft vorgetragen wurde, dass man sich sehr wohl um das islamische Kulturzentrum, also den Ersatz oder den Anbau dort, kümmere. Dass man aber auch so eine Art Feldforschung macht, das nannte sich dort Netzwerkarbeit im Quartier. Dabei explizit angab, in Koordination mit der Stadtverwaltung das durchzuführen. Und dass man natürlich einen präventiven Ansatz des Konfliktmanagements verfolge. Das waren so die Vorträge und das kann man sich auf der Präsentation anschauen. Es gab dann noch ein Hinweis darauf,

dass das kommunale Konfliktmanagement ursprünglich ein einzelner Antrag gewesen sei, der von der Stadt gestellt worden ist und der erst im Nachgang dann wegen der vorhandenen Kompetenz, ja, dem Gesamtprojekt Hallianz zugeschlagen wurde. Ich war deswegen erstaunt, weil das im Kern meinem Vortrag vor über einem Jahr entsprach, und zwar den Vortrag, den ich an der Website des Friedenskreises, die über dieses Projekt dort veröffentlicht hatten, festgemacht habe. Mir wurde seinerzeit von der Verwaltung geantwortet, dass das nicht ganz so sei, dass das bloß ein Projekt des Friedenskreises sei, dass es sich um Politikbildung handelte und dass die Stadt ja nicht als Politikbildnerin auftrete, sondern dass die dort Spezialisten dort zu hätten. Und ja, das wäre dann wohl dieses Projekt. Als dann im Laufe dieses Jahres von mir eine ganze Serie Fragen zu diesem Problem Finanzierung Hallianz gestellt wurden, kristallisierte sich dann heraus, dass also diese Bearbeitung dieses Konflikts, um das IKC, den es noch nicht gibt, sehr wohl eine Rolle spielt. Und zwar an der Stelle, wo es um den Nachweis der Mittelverwendung ging, in den jährlichen Projektberichten. Ich frage mich jetzt, wie's nun plötzlich, also nachdem auch Herr Paulsen mir fast noch vorgeworfen hätte, ich sei hier falsch informiert und wurde falsche Informationen darstellen. Ich frage mich, wie es denn jetzt zum Umschwung in der Darstellung kommen kann. Möglicherweise hat die Verwaltung jetzt sozusagen eine Informationslücke geschlossen. Oder ob das einfach eine Geschichte war, wo sie nicht gucken lassen wollte und mir dem zufolge, na ja, das so serviert haben, dass ich dann aufhöre zu fragen. Also ich bin da echt ratlos und eigentlich auch ein bisschen angesäuert, weil ich mich über so einen langen Zeitraum drum kümmern muss, da endlich mal auf den Punkt zu kommen. Dahingehend frage ich Sie, warum ändert sich die Sachdarstellung erst jetzt.

Herr Bürgermeister Geier

Herr Paulsen, bitte.

Herr Paulsen

Ja, sehr geehrter Herr Fragesteller 1, ich bin auch etwas ratlos, weil ich kann Ihnen nur sagen, dass sich die Sachdarstellung nicht geändert hat.

Herr Bürgermeister Geier

Herr Fragesteller 1 eine Nachfrage, gut bitte.

Fragesteller 1

Na, da staune ich aber. Also ich habe das 2-mal angesprochen und im August haben Sie, ich könnte Ihnen jetzt, also es gibt zum Glück irgendwo ein Wortprotokoll, vielen Dank an den, der das beantragt hat. Ich kann das ja nicht. Im August erklären Sie mir, dass sich das Projekt sehr wohl in dem ursprünglich von Ihnen umrissenen Bereich befindet, nämlich Politikbildung, also Konflikt... Ausbildung, was auch immer. An diese vor Ort Sozialforschung, soziale Feldforschung wollten Sie überhaupt nicht ran und als ich dann investierte, haben sie mir dann erklärt ich sei falsch informiert. Sie baten dann auch möglicherweise nochmal schriftlich nachgucken zu können, das Schreiben habe ich bis heute auch nicht bekommen. Das ist aber nicht so schlimm, ich bin jetzt hier und frag Sie bezüglich August, Sie können es im Wortprotokoll nachlesen, ich kann sie gar nicht so falsch verstanden haben, warum ändert sich jetzt plötzlich die Sachdarstellung. Also es kann ja sein, dass die Verwaltung Erkenntnisgewinn hatte, kann ja auch sein.

Herr Bürgermeister Geier

Herr Paulsen.

Herr Paulsen

Das will ich nicht ausschließen, dass die Verwaltung auch Erkenntnisgewinne erzielt. Aber es ist nach wie vor ein Projekt des Friedenskreises, da hoben sie damals darauf ab, das habe ich klargestellt. Sie wollten die Verwaltung dann irgendwohin verwickeln, ob wir

politische Bildung machen können oder nicht, beziehungsweise ob wir uns politisch äußern können oder nicht. Dazu hatte ich mich damals positioniert und im Kern steht das Projekt noch genau da, wo wir damit gestartet sind beziehungsweise der Friedenskreis mit gestartet sind. Es geht im Fokus um diesen einen Konflikt, der da sich anbahnt oder im Raum steht. Und das, was der Projektträger mit dem Fördermittelgeber, der hier an der Stelle der Bund ist, an einigen Stellen noch bespricht und ermöglicht, die Frage, wie weit die Betrachtung, der Etablierung eines Konfliktmanagements in der Stadt hier eine Rolle spielt oder aus den Aktivitäten mit abfällt, ist etwas, was ich ganz normal im Projektgeschäft entwickelt. Das ist aber nicht der Fokus und insofern hat sich im Vergleich zu den Darstellungen und explizit auch zu den Fragen, die sie gestellt haben, nichts an der Sachlage geändert.

Herr Bürgermeister Geier

Herr Fragesteller 1 bitte noch eine Nachfrage.

Fragesteller 1

Ja gut, ich glaube, da werden wir uns nicht einig, das sehe ich anders, ich habe das auch anders rezipiert, die Frage waren auch anders. Verwickelt habe ich hier niemanden, ich habe gefragt, mehr nicht. Aber wenn wir jetzt sehen, dass es dort dieses soziale Feldforschungsprojekt gegeben hat, was sicherlich interessante Ergebnisse zu Tage gebracht hat, dann würde ich gerne wissen, ob man das man sehen kann. Vielleicht können Sie das ja mal präsentieren, also wo auch immer Sie wollen, Jugendhilfeausschuss oder hier. Ersatzweise würde ich es auch gerne lesen, wenn Ihnen eine Präsentation zu anstrengend ist, kann ich da irgendwo Kenntnis erlangen.

Herr Bürgermeister Geier

Herr Paulsen.

Herr Paulsen

Also ihre Fragestellung ist weiterhin ein bisschen merkwürdig, warum sollte es zu anstrengend sein, irgendeine Präsentation zu machen. Ich weiß nicht, was Sie sehen wollen, ich weiß auch nicht, worauf Sie worauf sie abheben, was hier entstanden sein soll. Insofern fragen Sie bitte nochmal konkret, vielleicht auch schriftlich, dann können wir ordentlich antworten. Es gibt hier ein Projekt, da wird es einen Sachbericht geben durch den Träger, und der wird in die Verwendungsnachweisprüfung eingehen. Alles andere ist Ihnen ja bekannt.

Herr Bürgermeister Geier

So jetzt liegt keine Frage mehr vor. Ich sehe auch niemanden, dann kann ich die Einwohnerfragestunde schließen.

Ende des Wortprotokolls

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.11.2023

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschriften vom 15.11.2023.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 5.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 15.11.2023

Vorlage: VII/2023/06599

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vor dem Sitzungssaal ausgehängt sind und somit bekannt gegeben sind.

zu 6 Beschlussvorlagen

zu 6.3 Betrauungsakt mit der Stadion Halle Betriebs GmbH zum Fußball-

Nachwuchsleistungszentrum Vorlage: VII/2023/06538

Herr Bürgermeister Geier führte in die Beschlussvorlage ein und sagte, dass der Betrauungsakt vor allem aus dem Beihilferecht notwendig ist. Die entsprechenden Beschlüsse hat der Stadtrat bereits getroffen. Er sagte, dass aufgrund der Hinweise von Herrn Wolter die Verwaltung den Beschlusstext nochmal geprüft hat. 2017 gab es einen vergleichbaren Vorgang, wo der Aufbau der Vorlage so wie dieser war.

Herr Eigendorf und Frau Müller bezogen sich auf die gestrige Diskussion zum Mitwirkungsverbot und teilten mit, dass sie sich nicht an der Diskussion und Abstimmung der Beschlussvorlage beteiligen werden.

Frau Ranft sagte, dass Sie der Vorlage zustimmen wird. Sie fragte, wie die Umsetzung in Bezug auf die Nutzung des Platzes des Stadtteils Silberhöhe erfolgen wird. In der Präambel steht, dass dieser Platz dem Stadtteil für Sportausübungen zur Verfügung steht.

Herr Bürgermeister Geier erbat das Rederecht für Herrn Prasse. Es gab keine Einwendungen.

Herr Prasse sagte, dass das Nachwuchszentrum neben dem HFC auch weiteren Nutzern zur Verfügung steht. Die Organisation erfolgt im Betrieb. Er wies darauf hin, dass der HFC auch in den Vormittagsstunden die Anlage intensiv nutzt, was auch in der Präambel vermerkt ist

Frau Ranft fragte, an wen sich interesseriete Bürger wenden können.

Herr Prasse sagte, dass die Bürger sich ab dem 01.01.2024 an die Stadionbetriebsgesellschaft wenden können.

Herr Schreyer bezog sich auf das Mitwirkungsverbot und sagte, dass es gemäß dem kommunalen Verfassungsgesetz kein Mitwirkungsverbot gibt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Bürgermeister Geier bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

- Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister, den anliegend beigefügten Betrauungsakt zum Betrieb des Fußball-Nachwuchsleistungszentrums auf der Silberhöhe mit der Stadion Betriebs GmbH abzuschließen.
- Die vorstehende Ermächtigung steht unter dem Vorbehalt, dass seitens der Kommunalaufsicht auf die erfolgte Anzeige des beabsichtigten Abschlusses des Betrauungsaktes keine kommunalrechtlichen Bedenken hiergegen geltend gemacht werden.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 7.2 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD-Fraktion, MitBürger und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung einer Richtlinie für ein Baulandmodell Halle (Saale)

Vorlage: VII/2023/06039

Frau Ranft führte in den Antrag ein. Sie sagte, dass in Gesprächen mit der Verwaltung deutlich wurde, dass man sich hier auf grundsätzliche Regelungen einigen könnte, um damit den Rahmen zu schaffen, bei jedem Vorhaben eine solche Festlegung zu prüfen. Sie ging auf den Beschlusstext ein und wies daraufhin, dass die Hinweise durch die Verwaltung zum größten Teil übernommen wurden. Sie bat um Zustimmung.

Herr Wolter sagte, dass seiner Fraktion die KdU-Kosten und die Beteiligung bei der sozialen Infrastruktur wichtig sind.

Herr Rebenstorf sagte, dass durch die Änderungen des Beschlusstextes die Verwaltung dem Antrag zustimmen kann.

Herr Schied fragte, ob dieser Antrag an der jetzigen Situation etwas ändern würde.

Herr Rebenstorf sagte, dass, solange wie es keine Förderung vom Land gibt, dies auch nicht durchgesetzt werden kann.

Herr Schied wies auf das wohnungsbaupolitische Konzept hin und sagte, dass sich in dieser Hinsicht jeder Investor darauf berufen kann. Weiter sagte er, dass es bisher teilweise funktioniert hat, aber er sieht es schwierig, mit diesem Antrag etwas zu erreichen, solange es keine Wohnungsbauförderung gibt.

Herr Eigendorf sagte, dass mit diesem Beschlusstext der Verwaltung ein zusätzliches Instrument in die Hand gegeben wird. Er stimmte Herrn Schied nicht zu und sagte, dass es eine Frage des Aushandlungsprozesses ist. Durch solche Beschlussvorlagen soll das wohnungspolitische Konzept ergänzt werden. Er bat um Zustimmung.

Herr Wolter stimmte Herrn Eigendorfs Aussage zu. Er sagte, dass es um eine Beauftragung der Richtlinie geht, die hoffentlich im 1. Quartal vorliegt. Er bat um Zustimmung der Beauftragung der Richtlinie.

Herr Dr. Meerheim stimmte Herrn Schied's Aussage zum Teil zu. Er sagte, dass die Baupreise deutlich in die Höhe gegangen sind, dass jede Forderung, so wie sie jetzt drinsteht, für keine Bauherren umsetzbar ist. Er sagte, dass diese Lösung die Einzige ist, die die Stadt wirksam umsetzen kann.

Herr Schied sagte, dass der Antrag etwas verspricht, was er nicht halten kann. Er stimmte Herrn Dr. Meerheim zu, dass in breiten Teilen dies derzeit nicht möglich ist durchzusetzen, aber es gibt immer mal wieder Bauprojekte, wo dies doch mal möglich ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Bürgermeister Geier bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Richtlinie für ein kooperatives Baulandmodell für die Stadt Halle (Saale) zu erarbeiten, die es ermöglicht, Investor*innen bzw. Eigentümer*innen bei Neubau- und Sanierungsvorhaben, bei denen eine städtische Bauleitplanung durchgeführt wird, in angemessener Weise
 - a. dazu zu verpflichten, dass ein Anteil von 20 % der Wohnungen (bezogen auf die Wohnfläche) mit sozialverträglichen Mieten in Höhe der jeweils aktuellen Fördermiete der Wohnungsbauförderung (aktuell 6,50 EUR/m²) bereitgestellt wird und
 - b. vertraglich an den Kosten für im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben erforderliche soziale Infrastruktur (zum Beispiel Kindertagesstätten und Schulen) zu beteiligen.
- 2. Dem Stadtrat ist bis zum 1. Quartal 2024 ein entsprechender Entwurf zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 7.3 Antrag der CDU-Fraktion - Partnerschaft zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Deutschen Bundeswehr stärken - Vorlage: VII/2023/06437

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die Tagesordnungspunkte 7.3 und 7.6 gemeinsam behandelt werden.

Herr Dr. Bergner führte in den Antrag der CDU-Fraktion ein. Er sagte, dass es fast täglich zu neuen Zuspitzungen und verschärfenden Entwicklungen kommt, was die weltpolitische und sicherheitspolitische Lage betrifft. Er sagte, dass die Stadt in der Pflicht steht, ein entsprechendes Bekenntnis angesichts der Sicherheitslage auszusprechen.

Herr Raue führte in den Antrag der AfD-Fraktion ein. Er sagte, dass die Bundeswehr es in der Gesellschaft ziemlich schwer gehabt hat. Denn aktuell ist die Bundeswehr nicht in der Lage, das Land wirksam zu verteidigen und auch die Beiträge in Rahmen der NATO so zu liefern. Er sagte, dass seit Abschaffung der Wehrpflicht, kein geeigneter Nachwuchs gefunden wird.

Er bat um Zustimmung beider Anträge.

Herr Eigendorf bedankte sich bei Herrn Dr. Bergner für die Einbringung. Er bezog sich auf die Punkte 2 und 3 des CDU-Antrages und fragte, ob die Bundeswehr mit solchen Anliegen an die Verwaltung herangetreten und mit solchen Anfragen umgegangen ist. Weiter fragte er, wie aus Sicht der Verwaltung die partnerschaftliche Zusammenarbeit aussieht und welche Verbesserungsvorschläge es mit dem Reservistenverband gibt.

Herr Bürgermeister Geier erklärte, warum die Verwaltung den Antrag empfiehlt für erledigt zu erklären. Er sagte, dass aus seiner Sicht der Dialog und die Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Bundeswehr sehr gut läuft. Bei Anfragen zu Veranstaltungen der Bundeswehr, unterstützt die Verwaltung entsprechend. Weiter sagte er, dass es selbstverständlich ist, den Volkstrauertag gemeinsam auszutragen.

Herr Dr. Bergner irritiert die Stellungnahme der Verwaltung den Antrag als erledigt zu erklären und sagte, dass es eine dramatisch veränderte Situation gibt und sich dieses nicht durch gutes Einvernehmen während des Hochwasser 2013 behandeln lässt. Er erklärte, warum die CDU-Fraktion die Ziffer 2 im Beschlussvorschlag so gewählt hat. Weiter bezog er sich auf den Ukrainekrieg und die getätigten Stellungnahmen der AfD-Bundestagsfraktion. Er stellte sich die Frage, ob die AfD-Fraktion ein Interessenvertreter Putins ist. Er sagte, dass mit dem Antrag der CDU-Fraktion keine weitere Abstimmung des AfD-Antrages bedürfte.

Herr Raue ging auf Herrn Dr. Bergners Aussage ein und sagte, dass es nicht richtig ist, einzelne unter Verdacht geratene AfD-Mitlieder zu generalisieren und auf die Partei zu übertragen. Er bezog sich auf die Anträge der beiden Fraktionen und sagte, dass der Antrag der AfD-Fraktion bei Ablehnung und Zustimmung des Antrages der CDU-Fraktion weitergeht.

Frau Müller sagte, dass die Fraktion DIE LINKE beiden Anträgen nicht zustimmen wird, auch wenn die veränderte Situation zu erkennen ist. Sie erklärte, dass Herr Dr. Bergner eine gute Differenzierung getätigt hat zwischen den beiden Anträgen.

Herr Scholtyssek sagte, dass er davon ausgeht, dass Herr Bürgermeister Geier bei Zustimmung des CDU-Antrages die Bundeswehr darüber informiert.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass er die entsprechenden Kollegen informieren wird.

Herr Raue bat darum, dass der AfD-Antrag noch zur Abstimmung kommt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Bürgermeister Geier** bat um Abstimmung des Antrages der CDU-Fraktion.

Herr Bürgermeister Geier bat um Abstimmung des AfD-Antrages.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat wolle beschließen:

- Der Stadtrat bekennt sich zum grundgesetzlich verankerten Auftrag unserer Bundeswehr und spricht sich dafür aus, in unserer Stadt die Leistungen der Soldatinnen, Soldaten und Bundeswehrangehörigen bei der Erfüllung dieses Auftrages angemessen zu würdigen.
- Gelegenheiten zu öffentlichen Auftritten der Bundeswehr wie Ausstellungen oder Gelöbnisse sowie Informationsveranstaltungen, die die Bedeutung unserer Streitkräfte in der aktuellen Sicherheitslage verdeutlichen, sollen seitens der Stadt ermöglicht und unterstützt werden.
- 3. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den örtlichen Gliederungen des Reservistenverbandes fortzusetzen und die Reservearbeit der Bundeswehr in Halle zu unterstützen.
- 4. Im Rahmen der städtisch koordinierten Demokratieförderung und bei städtisch verantworteten Projekten politischer Bildung soll dem Auftrag und den Anliegen der Bundeswehr sowie ihrer Bedeutung angesichts weltpolitischer Herausforderungen mehr Aufmerksamkeit als bisher gewidmet werden.

zu 7.6 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Durchführung eines öffentlichen Gelöbnisses in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/06332

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussempfehlung:

- 1. Der Stadtrat spricht sich für die Durchführung öffentlicher Gelöbnisse in der Stadt Halle (Saale) aus.
- 2. Die Stadtverwaltung lädt die Bundeswehr zur Durchführung öffentlicher Gelöbnisse nach Halle ein.
- 3. Die Stadtverwaltung ist gebeten die Vorbereitung und Durchführung öffentlicher Gelöbnisse nach Kräften zu unterstützen.

zu 7.7 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Feststellung einer Mitgliedschaft im

Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Vorlage: VII/2023/06545

Auf Antrag der Stadträte Herrn Helmich und Herrn Heym wurde zu folgendem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Bürgermeister Geier

Tagesordnungspunkt 7.7, Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Feststellung einer Mitgliedschaft im Ausschuss für Planungsangelegenheiten. Redebedarf besteht nicht. Herr Raue. Okay gut.

Herr Raue

Wir möchten natürlich gerne unseren sachkundigen Einwohner im Ausschuss für Planungsangelegenheiten berufen. Ein Recht, das der AfD-Fraktion zusteht. Ich wollte nur nochmal dem Rat anbieten, ich habe natürlich die Unterlagen, die Gerichtsbeschlüsse, die eingegangen sind in unserem streitigen Verfahren. Wer die also einsehen möchte, kann die einsehen. Liegen die Ihnen denn alle vor, hat die denn jeder gelesen, bevor wir zu einer Abstimmung kommen. Frage ich jetzt mal, also für den Fall, dass die jemand nicht hat könnte, er kann sie bei mir anschauen, kann sie auch bekommen, hätte ich also dabei. Wir wollen den Herrn Nistripke gerne in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten berufen. Nur zum Hintergrund, Herr Nistripke ist im Prinzip ein studierter Volkswirtschaftler, das heißt aus meiner Sicht, aus unserer Sicht, ist er in jedem Fall bestens geeignet, zumindest kognitiv, intellektuell, dort fleißig mitzuarbeiten und die AfD-Fraktion auch klug zu beraten. Wir sind auch tatsächlich als große Fraktion bislang ohne sachkundige Einwohner auch darauf angewiesen, sozusagen in unserer gemeinsamen Diskussion da auch zu verstärken, weil wir derzeit immer nur mit einer einzigen Person unterwegs sind und das beschneidet derzeit einfach unser Recht auf Gleichbehandlung und das können Sie gerne heilen und deswegen stellen wir hier den Antrag auf Feststellung der Mitgliedschaft für den Udo Nistripke im Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Herr Bürgermeister Geier

Ok, alles klar. Dann der Herr Wolter, bitte.

Herr Wolter

Ich wollte nur eine rechtliche Einordnung. Also, weil das ja ein ungewöhnlicher Verfahrensweg ist. Wir hatten ja, glaube ich, den Punkt im Ausschuss für Wissenschaft, Wirtschaft usw. gab es ja sozusagen eine Nichtzuständigkeitserklärung. Vielleicht könnte die Verwaltung mir kurz erklären, wie Sie das einschätzen. Also was bedeutet hier dieser Antrag einer Vorberatung in den Hauptausschuss, der für diese Entsendung nicht zuständig ist. Also ich weiß nicht genau, wie ich mich verhalten soll, weil die Zuständigkeit besteht nicht nach meiner Auffassung. Man kann sich klären, man kann sich darüber mal kurz beraten, aber abstimmen finde ich sozusagen schwierig zum Beispiel. Also ich weiß nicht genau, vielleicht könnte mir da die Verwaltung kurz helfen.

Herr Bürgermeister Geier

Herr Schreyer, bitte.

Herr Schrever

Also zumindest ist die Zielrichtung, mit der die Einbringung erfolgt, ist nämlich eine Sachverständigkeit festzustellen. Das geht natürlich so nicht, das kann allein der Stadtrat schon allein nach dem Kommunalverfassungsgesetz. Aber es gibt natürlich, und insoweit kann man das auch so wie die AfD-Fraktion hier es getan hat, einbringen, die Möglichkeit,

Angelegenheiten, für die keine Zuständigkeit eines anderen Fachausschusses besteht, im Hauptausschuss zu erörtern, nach unserer Zuständigkeitsordnung. Und ein anderer Fachausschuss ist definitiv hier nicht zuständig, sodass zumindest formal eine Behandlung möglich ist. Aber eine Klärung des Sachverständnisses, des konkreten Vorschlags kann natürlich im Hauptausschuss nicht erfolgen. Im Ergebnis obliegt es Ihnen, über entsprechende Anträge hier in diesem Gremium abzustimmen. Da kann ich Ihnen keine Vorschriften machen.

Herr Bürgermeister Geier

So jetzt war da noch Frau Ranft.

Frau Ranft

Genau dann würde ich den Geschäftsordnungsantrag für nicht Zuständigkeit...

Herr Raue

Wir sind doch zuständig.

Frau Ranft

... aber dazu kann ich doch keinen Antrag stellen, oder. Der würde wie heißen, dann würde ich das machen Herr Meerheim.

Herr Bürgermeister Geier

Herr Schreyer.

Herr Schreyer

Also, Sie haben selbstverständlich die Möglichkeit, Geschäftsordnungsanträge hier zu stellen. Diese Möglichkeit ist Ihnen unbenommen und wenn Sie sozusagen diese Wertung anders vornehmen wollen. Es bedarf dann nur, wenn sie einen Geschäftsordnungsantrag stellen, natürlich die Möglichkeit den Antragssteller hier die Begründung und Erläuterungen zu geben, das ist erfolgt und insoweit können sie jetzt Geschäftsordnungsanträge stellen, weil ein Anspruch auf inhaltliche Behandlung in dem jeweiligen Gremium besteht für die antragstellende Fraktion nicht.

Herr Bürgermeister Geier

Danke für die Aufklärung. Frau Ranft.

Frau Ranft

Dann würde ich jetzt den Geschäftsordnungsantrag zur Vertagung in den Stadtrat stellen.

Herr Bürgermeister Geier

Das geht nicht. Also ist es nicht explizit in der Geschäftsordnung drin.

Herr Raue

Frau Ranft, schämen Sie sich nicht....

Herr Bürgermeister Geier

... Stopp... Deshalb kann ich das nicht behandeln so. Ich bin aber hier als Verwaltung nicht am Zug. Gut, also wenn es hier kein Geschäftsordnungsantrag gibt...

Herr Dr. Bergner

Geschäftsordnungsantrag nicht, aber vielleicht kann Herr Raue selber sagen, warum er sich nicht auf die Abstimmung im Stadtrat beschränkt, sondern dass hier im Hauptausschuss vorliegt. Über diese Motivlager haben sie bei Ihrer Einbringung nichts gesagt.

Herr Raue

Gut, dass Sie nachfragen. Ja, das ist durchaus... Das ist eine zulässige Frage, die würde ich gern beantworten. Im Stadtrat ist es ja üblicherweise eben nicht möglich, da kann man Einbringungsrede theoretischer machen, aber diese Diskussion, die geht ja da einfach immer zu weit, zumeist wird es abgewürgt von Frau Müller, und hier haben wir einfach Frau Müller eben nicht als Vorsitzende oder als zuständige Ausschussvorsitzende. Und haben dadurch, dass das der Herr Geier moderiert, schon die Möglichkeit, auch inhaltlich mehr zu diskutieren oder zu sprechen. Und mir war es einfach wichtig, dass hier so vorzuberaten, dass sie auch in ihren Fraktionen am Ende mit einem guten Gefühl reingehen können und sagen können, wir haben ja Kandidaten der AfD, die durchaus erstmal, aus unserer Sicht möglicherweise geeignet sind. Sie können mich, ich habe Ihnen ja gesagt, was der berufliche Hintergrund ist bei Herrn Nistripke. Und Sie können mich auch andere Fragen stellen, mir auch andere Fragen stellen, das heißt, wir können das hier besprechen, das war mir wichtig, und dass wir sozusagen dann im Stadtrat ein recht kurzes Verfahren haben und nicht eben mit der Zustimmung der rechtskonformen handelnden Stadtratsfraktion rechnen kann. Darum geht es ja.

Herr Bürgermeister Geier

Herr Dr. Meerheim.

Herr Dr. Meerheim

Ja, da muss ich doch gleich mal was dazu... Also, ich bin sonst sehr zurückhaltend. Gut, dass ihr Anwalt da ist. Herr ..., Ihr Fraktionsanwalt. Ja, wir haben Sie gesehen. Beleidigungen weise ich, bezogen auf die Person unserer Stadtratsvorsitzenden, konsequent zurück. Sie sollten sich überlegen, was Sie sagen und ob Sie diese Worte auch in Zukunft wiederholen, ansonsten werden Sie wegen Verleumdung mal verklagen, dann brauchen Sie vielleicht auch nochmal einen anderen Anwalt. Also nochmal ausdrücklich, Beleidigungen der Art, weiße ich strikt zurück...

Herr Raue

Herr Dr. Meerheim, würden Sie mir nochmal kurz wiederholen, welchen Wortlaut von mir genau Sie als Beleidigung auffassen.

Herr Bürgermeister Geier

Wir bleiben jetzt nochmal schön bei der entsprechenden Vorlage. Es gab ja jetzt sozusagen Ausführungen dazu, da hat der Dr. Meerheim reagiert und ich geh jetzt in der Wortmeldung weiter zum Herrn Hellmich.

Herr Helmich

Ich springe mal den Kollegen Meerheim bei. Herr Raue, Sie haben, das kann sicherlich auch die Kollegin Müller, die gerade nicht mehr im Raum ist, vielleicht noch mal im Protokoll nachlesen, und das können wir gerne an dieser Stelle auch im Wortlaut hier protokollieren. Sie haben behauptet, dass die Stadtratsvorsitzende in irgendeiner Form ihre Rechte im Stadtrat beschneiden würde bei der Einbringung von Anträgen. Das ist nicht der Fall und noch nicht passiert, bei Einbringung auch von Anträgen zur Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern wird immer auch eine Antragsstellungsstellende Fraktion das Wort gegeben, wenn die Fraktion das nicht nimmt, dann ist das Recht trotzdem möglich gemacht worden. Sie haben eben in ihrer Formulierung gesagt, dass sie gerne mal dadurch huschen würde und dann entsprechend offensichtlich Sie sich in ihrem Recht eingeschränkt fühlen. Ich würde gerne, weil der Kollege Raue das ja auch in seinem Wortlaut ja schon gesagt hat, er möchte gerne, so habe ich das wahrgenommen, nur eine Behandlung im Sinne einer Beratung. Für mich bedeutet das nicht, dass wir dort eine Abstimmung durchführen müssen, deswegen beantrage ich gemäß Geschäftsordnung § 11 Punkt i) Nichtbehandlung und deswegen, das hat der Kollege selber ausgeführt, kommen wir, wie es rechtskonform ist, im Stadtrat zu einer Abstimmung.

Herr Bürgermeister Geier

Gut, vielen Dank. Es liegt ein Geschäftsordnungsantrag vor, da kann jetzt noch Gegenrede gemacht werden.

Herr Raue

Natürlich stimme ich nicht dieser Sicht zu. Ich hätte hier natürlich von den anwesenden Stadträten schon eine Abstimmung oder ein Votum gesehen, weil ich ja auch gerne wissen möchte, womit muss ich rechnen, wenn wir im Prinzip im Stadtrat dann über diesen Punkt abstimmen.

Herr Bürgermeister Geier

Ok, gut, dann ist die Gegenrede erfolgt. Es geht jetzt um die Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags auf Nichtbehandlung. Wer also für die Nichtbehandlung dieses Tagesordnungspunktes ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen. Enthaltungen, 3. Dann habe ich 4 für Nichtbehandlung, eine gegen Nichtbehandlung, 3 Enthaltungen. Damit ist dieser Geschäftsordnungsantrag erfolgreich gestellt worden.

Ende des Wortprotokolls

Abstimmungsergebnis:

Nichtbehandlung

durch GOA der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Beschlussvorschlag:

In Umsetzung seines Beschlusses zur Besetzung der beschließenden und beratenden Ausschüsse (VI/2019/05296) aus der Sitzung des Stadtrates vom 03. Juli 2019 auf der Grundlage der derzeit gültigen Fassung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) stellt der Stadtrat gemäß § 49 Abs. 3 KVG LSA die Mitgliedschaft von Herrn Udo Nistripke als Sachkundiger Einwohner für den Ausschuss für Planungsangelegenheiten auf Grundlage der Benennung durch die AfD-Stadtratsfraktion gemäß § 47 Abs. 1 KVG LSA fest.

zu 7.8 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Feststellung einer Mitgliedschaft im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung

Vorlage: VII/2023/06549

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Heym wurde zu folgendem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Bürgermeister Geier

Tagesordnungspunkt 7.8, Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Feststellung einer Mitgliedschaft, diesmal im Wirtschafts- und Wissenschaftsausschuss. Da kann der Herr Raue bitte einführen.

Herr Raue

Ganz genau. Hier geht es um den Herrn Thorben Vierkant. Wir hatten Ihnen schon mal aufgestellt und das Wiederholen wir an dieser Stelle. Wir möchten Herrn Vierkant gern im Ausschuss für Wissenschaft, Wirtschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung als sachkundigen Einwohner für uns feststellen lassen. Ja, letztendlich gilt für den Herrn

Vierkant im Prinzip auch das gleiche wie für Herrn Nistripke, es ist eine Person, die Ihnen ja schon bekannt ist, zumindest als unser Referent. Er hat sich da gute Verdienste erworben. Er ist durchaus in der Lage, die Ratsarbeit für uns im Ausschuss zu unterstützen. Und deswegen haben wir uns nach unserer Entscheidung und einzig darauf uns verlassen, dass wir dies auch letztendlich so benennen können, für den Herrn Vierkant entschieden. Und bitten Sie an dieser Stelle auch, also, wenn Sie Fragen haben zu Herrn Vierkant, Herr Vierkant wäre auch da, auch das hatten wir ja im Prinzip schon im Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung Ihnen ermöglicht, sich von Herrn Vierkant selbst ein Bild zu machen. Das hätten sie heute theoretisch auch wieder diese Möglichkeit. Herr Vierkant ist zugegen. Ihm könnte auch das Wort erteilt werden, wenn Sie möchten. Ansonsten, ja, bitte ich Sie einfach, unsere Anliegen zu unterstützen.

Herr Bürgermeister Geier

Gut, vielen Dank. Jetzt der Herr Wolter. Eine Frage an den Herrn Schreyer, oder...

Herr Wolter

Nee, ich habe nur eine Anmerkung. Also erstmal gibt es sozusagen, das ist ja ein ähnliches Verfahren, also mir geht es hier darum, dass hier keine Zuständigkeit, und das ist nach meiner Auffassung auch keinen Wissensbedarf gibt. Deswegen gibt es von meiner Fraktion keine Nachfragen zu dem Antrag, sondern dass es eben quasi auf den Stadtrat zuläuft, sind wir entscheidungsfähig und das ist auskömmlich, die Informationen zu den hier vorgeschlagenen Personen. Meine Frage an die Verwaltung ist, weil es für mich, glaube ich, das erste Mal passiert, dass eine Fraktion ein Mitarbeiter der Fraktion auch als sachkundigen Einwohner vorschlägt. Also ist mir zumindest extrem ungewöhnlich. Es ist für mich persönlich ungewöhnlich und deswegen frage ich noch mal nach, ob die Verwaltung dazu Stellung beziehen kann. Das hat vor allem damit zu tun, zur Abgrenzung des Auftragsvolumens. Ich sehe sozusagen die Mitarbeiter in den Fraktionen, ja als auch Mitarbeiter der Verwaltung. Das ist unsere Stellung gegenüber der Öffentlichkeit und ich würde gerne hier eine Klarstellung vom Rechtsamt haben oder von der Personalstelle, spätestens zum Stadtrat, ob das überhaupt möglich ist, dass hier städtisch Beschäftigte in einem Ausschuss tätig sind. Und ich weiß, dass die Rechtsstellung ist, dass wir eine Rechtskörperschaft auf Zeit sind. So viel ist mir natürlich bekannt als Fraktion, und dass wir nicht als Verwaltungsangestellte hier die Fraktionsmitarbeiter bezeichnen, dass wir der Arbeitgeber sind. Aber es gibt ja eine Rechtsbindung, die sozusagen durch die Stadtratsbeschlüsse und auch durch die Rahmensetzungen passieren. Also, der Etat wird von der Stadt Halle festgelegt. Deswegen würde ich gerne diesen Vorschlag der AfD-Fraktion nutzen, um hier mal eine rechtliche endgültige Klarstellung zu haben, wie vor allem die Abgrenzung der Entgelte passiert. Das möchte ich gerne ausführen, Herr Bürgermeister. Das beschäftigte mich jetzt hier im Zuge der des Vorschlags der AfD, die Abgrenzung der Entgelte meint, wir haben ja eine Entschädigungsordnung, de bezieht sich hier darauf, wenn ich das kurz sagen darf, dass wir als ehrenamtlich tätige Stadträte und sachkundige Einwohnerinnen ein Mehraufwand haben und wissen vorbereiten zu verschaffen, um dann sozusagen sachkundig und mit vorbereitenden Themen in die Ausschüsse zu gehen und hier für die Stadt Entscheidungen zu treffen. Wenn ich das jetzt sozusagen übertrage auf einen Mitarbeiter der Fraktionen, fehlt mir quasi diese Verknüpfung des Mehraufwandes, weil er ja ein Entgelt erhält, um sich vorzubereiten, mit diesen Themen, die er da, das hatte die AfD ja auch in ihrem Vorschlag hier ausgeführt, dass natürlich eine Beschäftigung stattfindet, dass hier eine Sachkunde besteht usw. Insofern wie wird da eine Abgrenzung vorgenommen von Seiten der Entschädigungsordnung, wenn hier Mitarbeiter aus den Fraktionen tätig werden als sachkundiger Einwohner. Wird das geprüft von der Verwaltung, das würde ich Sie bitten, mir darzulegen.

Herr Bürgermeister Geier

Herr Schreyer, bitte.

Herr Schreyer

Also vielleicht zunächst zur Einordnung, Fraktionsmitarbeiter sind keine städtischen Beschäftigen, sondern sie sind Mitarbeiter der Fraktionen, die dort als Arbeitgeber fungiert, und insoweit werden sie zwar mittelbar über die Fraktionen Teil der Verwaltung, aber kein städtischer Beschäftigter. Und als sachkundige Einwohner können entsprechende Fraktionsmitarbeiter wirken, weil letztendlich das Gesetz nur für den Stadtrat an sich dieses ausschließt. Das heißt, ein Stadtrat kann nicht gleichzeitig sachkundiger Einwohner sein, aber die sonstigen Voraussetzungen für das Wirken als sachkundiger Einwohner liegen bei Fraktionsmitarbeitern an sich vor. Dass dann eine Verquickung, möglicherweise in Vorbereitung von entsprechenden Beschlüssen durch Fraktionsmitarbeiter dann erfolgt, das ist nicht zu verhindern im Ergebnis, führt aber nicht dazu, dass es hier einen Ausschlussgrund gibt. Ansonsten müssten Sie, Sie wissen, auch das darf ich vorsichtig an dieser Stelle nochmal ansprechen, das ist ja vom Landesrechnungshof wiederholt Hinweise und Bedenken gegeben hat dahingehend, dass entsprechende Fraktionsmitarbeiter auch Geschäftsführer, nicht zugleich Stadtrat sein sollen. Das sieht der Landesrechnungshof ja immer noch kritisch, das sehen wir anders und insoweit können wir Sachverhalt hier nur genauso würdigen als Verwaltungen, das heißt Fraktionsmitarbeiter kann grundsätzlich sachkundiger Einwohner sein. Danke schön.

Herr Bürgermeister Geier

Gut dann Herr Helmich bitte.

Herr Helmich

Ich beantrage analog zum vorherigen Tagesordnungspunkt, weil die Erläuterungen jetzt erfolgen konnte und Fragen gestellt werden konnte, den Geschäftsordnungsantrag Nichtbehandlung und dass wir dann im Stadtrat darüber final abstimmen.

Herr Bürgermeister Geier

Gut, Geschäftsordnungsantrag ist gestellt. Gegenrede dazu Herr Raue. Okay. So, dann lasse ich über den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung von Top 7.8 abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um sein Handzeichen. Gegenstimmen. Und Enthaltungen. Das ist auch 4 Ja, eine Nein Stimme, 3 Enthaltungen. Damit ist der Geschäftsordnungsantrag mehrheitlich bestätigt und 7.8 wird nicht behandelt.

Ende des Wortprotokolls

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

durch GOA der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Beschlussvorschlag:

In Umsetzung seines Beschlusses zur Besetzung der beschließenden und beratenden Ausschüsse (VI/2019/05296) aus der Sitzung des Stadtrates vom 03. Juli 2019 auf der Grundlage der derzeit gültigen Fassung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) stellt der Stadtrat gemäß § 49 Abs. 3 KVG LSA die Mitgliedschaft von Herrn Thorben Vierkant als Sachkundiger Einwohner für den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung auf Grundlage der Benennung durch die AfD-Stadtratsfraktion gemäß § 47 Abs. 1 KVG LSA fest.

Umsetzung des Beschlusses 3 B 222/23 HAL vom 20.11.23 des VG Halle "Der Antragsgegner wird verpflichtet, in der nächsten Stadtratssitzung, in der dies unter Beachtung der Ladungsfrist möglich ist, erneut unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts über die Berufung des Herrn Thorben Vierkant in den städtischen Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung als sachkundigen Einwohner zu entscheiden."

zu 7.11 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Reinigung der von den Freiwilligen Feuerwehren genutzten Räume in städtischen Liegenschaften Vorlage: VII/2023/06327

Herr Wels führte in den Antrag ein und sagte, dass es traurig ist, dass kein Geld vorhanden ist, einmal die Woche die Toiletten zu reinigen. Weiter sagte er, dass in Sportstätten die Toiletten gereinigt werden und man dies miteinander vergleichen sollte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Bürgermeister Geier bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussempfehlung:

- Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die in städtischen Liegenschaften befindlichen und von den Freiwilligen Feuerwehren genutzten Räume, d.h. Toiletten und Sanitäranlagen sowie Aufenthalts-, Schulungs- und Seminarräume durch Fachkräfte reinigen zu lassen.
- Gegebenenfalls vorhandene Nutzungsvereinbarungen der Stadt Halle mit den Freiwilligen Feuerwehren werden hinsichtlich der Reinigung der genutzten Räume, d.h. Toiletten und Sanitäranlagen sowie Aufenthalts-, Schulungs- und Seminarräume zum 01. Januar 2024 konkretisiert.
- zu 7.14 Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Einrichtung einer zentralen Ansprechstelle im Fachbereich Sicherheit zur Meldung von Vorfällen im Bereich der Jugendkriminalität in Halle (Saale) Vorlage: VII/2023/06344

Herr Raue sagte, dass der Antrag im Klimaausschuss zurückgezogen wurde.

Herr Bürgermeister Geier empfahl den Antrag abzustimmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Bürgermeister Geier bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, im Fachbereich Sicherheit bis zum Ende des 4. Quartal 2023 eine zentrale Ansprechstelle zur Meldung von Vorfällen im Bereich der Jugendkriminalität zu schaffen.

Die Ansprechstelle hat folgende Aufgaben:

- Aufnahme von Meldungen (telefonisch, per E-Mail, oder auf anderem Wege), die mit Vorfällen im Bereich der Jugendkriminalität zu tun haben, hierunter fallen die Aufnahme von Daten zu Tatzeitpunkt, Tatort, Beteiligte und darüber hinausgehende Informationen
- Sammlung der Meldungen und Weiterleitung an die Polizei Halle
- bei der Aufnahme von Meldungen empfiehlt die zentrale Ansprechstelle der kontaktaufnehmenden Person die geschilderte Tat bei der Polizei zur Anzeige zu bringen
- bei der Aufnahme von Meldungen informiert die zentrale Ansprechstelle die kontaktaufnehmende Person über Beratungsangebote externer Opferberatungsstellen

Die Ansprechstelle ist sowohl telefonisch, sowie per E-Mail zu erreichen.

Des Weiteren werden Mitarbeiter der Stadtverwaltung dazu angehalten, Informationen bezüglich des Themas der Jugendkriminalität unverzüglich an diese zentrale Stelle weiterzugeben.

Personen, die Kontakt zu der zentralen Ansprechstelle aufnehmen, bleiben anonym. Persönliche Daten werden nur auf deren expliziten Wunsch hin, an die Polizei weitergegeben.

Die Stadtverwaltung hat dafür Sorge zu tragen, dass die zentrale Ansprechstelle insbesondere an Schulen, unter Eltern sowie in Sportvereinen die eng mit Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten bekannt gemacht wird.

zu 7.15 Antrag der Fraktion "Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig" zur Vorbeugung der Yuppisierung von Stadtquartieren Vorlage: VII/2023/05967

Herr Schied führte in den Antrag ein und erklärte den Unterschied zum gemeinsamen Antrag der Fraktion DIE LINKE, SPD und MitBürger und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Er sagte, dass der Antrag seiner Fraktion auf die Personengruppe zielt, die sich trotz Einkommen keinen Wohnraum leisten können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Bürgermeister Geier bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig abgelehnt

Beschlussempfehlung:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt mit Trägern von Neubau- und Modernisierungsvorhaben, die mehr als 20 Wohneinheiten umfassen und für deren Umsetzung ein Bebauungsplanverfahren durchgeführt wird, einen Städtebaulichen Vertrag abzuschließen, mit dem abgesichert wird, dass 20 Prozent der Wohneinheiten zu einem Netto-Kaltmietpreis bereitgestellt werden, der die Höhe des jeweils aktuellen KdU-Richtwerts plus 20 Prozent nicht übersteigt.
- 2. Es ist sicherzustellen, dass diese Wohnungen auch an die Zielgruppen, für die sie vorgesehen sind, vermietet werden.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vermeidung von Einwegverpackungen bei "to-go"-Angeboten Vorlage: VII/2023/06450

Herr Rebenstorf informierte, dass aufklärende Maßnahmen zur Abfallvermeidung in das Abfallvermeidungskonzept der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH aufgenommen werden.

zu 8.2 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zu städtepartnerschaftlichem Engagement Vorlage: VII/2023/06451

Herr Paulsen informierte, dass die Verwaltung bereits wie angeregt verfährt.

zu 8.3 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Ausstellung "ToleranzRäume"
Vorlage: VII/2023/06452

Herr Paulsen informierte, dass der Vorschlag mitgenommen und durch die Verwaltung geprüft wird. Er wies daraufhin, dass bei der Umsetzung ein Finanzbedarf zu decken ist.

zu 8.4 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Wiederverwendung abgeräumter Grabsteine Vorlage: VII/2023/06453

Herr Rebenstorf informierte, dass die Anregung durch die Verwaltung nicht aufgenommen werden kann, da die Grabsteine im Besitz der Eigentümer bleiben. Er schlug vor, in seinem Namen einen Brief an potenzielle Steinmetze / Bestattungsunternehmen zu stellen, mit dem Vorschlag, dass Menschen mit geringen Budget die Steine dort einlagern können. Dabei

sollen die Unternehmen andere Möglichkeiten haben, Nachweise zu führen, sodass trotzdem dem Bestattungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt Rechnung getragen wird.

zu 8.5 Mitteilung zur Anregung der Freien Demokraten (FDP) zur Verlängerung der Öffnungszeiten in der Stadtbibliothek Halle Vorlage: VII/2023/06464

Frau Dr. Marquardt informierte, dass es nicht möglich ist, die Öffnungszeiten zu verlängern. Aufgrund von personellen Kapazitäten müsste die Bibliothek an einem Tag in der Woche geschlossen werden.

zu 8.6 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Schaaf zur BbS Friedrich List

Herr Paulsen informierte, dass es in den Duschen der Turnhalle BbS Friedrich List einen Legionellenbefall gibt. Er sagte, dass die Turnhallennutzung nicht wesentlich beeinträchtigt ist. Das notwendige Ersatzteil ist bestellt, wobei es aktuell Lieferverzögerungen gibt. Somit wird die Reparatur frühestens im Januar erfolgen.

zu 8.7 Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Frau Krimmling-Schoeffler zur Wegebeziehung Haltestelle Marktplatz

Herr Paulsen informierte, dass die Baustelle vor Start des Weihnachtsmarktes abgebaut wurde. Die Wegebeziehung hinter der Haltestelle ist ohne weitere Einschränkungen nicht umsetzbar.

zu 8.8 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Aldag zur zeitlichen Planung von Veranstaltungen

Herr Paulsen informierte, dass die Anregung mitgenommen wird. Es soll auch zukünftig geschaut werden, dass die Veranstaltungen nicht mit Ausschusssitzungen, Fraktionssitzungen oder mit Arbeitszeiten kollidieren. Dies ist aufgrund der Fülle an Terminen jedoch nicht immer möglich.

zu 8.9 Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Frau Dr. Burkert zur Sauberkeit im Umfeld des Galeria-Kaufhof Gebäudes

Herr Paulsen informierte, dass die Verwaltung dazu bereits mit dem Eigentümer in Kontakt steht.

zu 8.10 Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Frau Dr. Burkert zur Toilettennutzung des Galeria-Kaufhof Gebäudes während der Zeit des Weihnachtsmarktes

Herr Paulsen informierte, dass aus Sicht der Verwaltung keine Notwendigkeit besteht. Er sagte, dass es, wie in jedem Jahr, zwei Toilettencontainer auf dem Weihnachtsmarkt gibt, die aus Sicht der Verwaltung und den Erfahrungen aus den letzten Jahren, den Bedarf decken.

zu 8.11 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Schied zur Überarbeitung der Hausordnung vom Stadthaus und der Schmeerstraße

Herr Paulsen sagte, dass es hierbei unter anderem um die Korrektur von Rechtschreibfehlern ging und diese Auseinandersetzung auf dieser Ebene nicht geführt werden sollte.

zu 8.12 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Raue zur Ordnung des Fluchttreppenhauses im Stadthaus

Herr Paulsen sagte, dass die Verwaltung die Situation im Fluchttreppenhaus des Stadthauses geprüft hat. Dabei wurden drei Feststellungen gemacht:

- 1. Die Fluchtwege sind zum Teil zugestellt. Die Verwaltung hat den Mieter hierzu nochmal belehrt und ermahnt.
- 2. Defekte beim Licht wurden nicht festgestellt.
- 3. Die beschädigten Austritte werden von einem Sachverständigen geprüft.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 9 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Herr Schied zum TOP 8.11

Herr Schied sagte, dass es in seiner Anregung unter TOP 8.11 auch um die Auslegung des Hausrechts geht, wo bereits festgestellt wurde, dass der Objektverantwortliche nicht im gesamten Gebäude das Hausrecht hat.

Herr Paulsen sagte, dass das Landesverwaltungsamt am 7. Dezember auf das Schreiben der Stadt, mit der Bitte um Klärung, geantwortet hat. Er sagte, dass das Landesverwaltungsamt darauf verweist, dass alles über den Einzelfall Hinausgehende, im Rahmen der Ausübung des Hausrechtes dem Hauptverwaltungsbeamten obliegt. Weiter sagte er, dass jegliche Bezuschussung der Fraktion aus öffentlichen Mitteln einen Bezug zu organischaftlichen Fraktionsaufgaben besitzen muss. Er informierte, dass die Verwaltung sich mit dem Schreiben des Landesverwaltungsamtes nochmal an die Fraktion wenden wird.

zu 9.2 Herr Helmich zur Weinbergsporthalle

Herr Helmich bezog sich auf das neue Theoretikum für den Weinbergcampus und den damit geplanten Abriss der Turnhalle in der Kurt-Mothes-Straße und dem Neubau des Unisportzentrums in Heide-Süd. Er fragte, ob dies zu einer Entlastung der allgemeinen Hallenzeiten in der Stadt Halle führt und ob die Kapazitäten, die heute in der Weinberghalle genutzt werden, eingeplant sind.

Herr Rebenstorf sagte, dass mit dem UKH zusammen einen städtebaulichen Entwurf auf den Weg gebracht. Im Norden der Ernst-Grube-Straße soll ein Neubau errichtet werden, wo durch das UKH die Finanzierung gesichert ist. Er sagte, dass so lange noch nicht zeitlich geklärt ist, wann was wo kommt, zur Sporthalle noch keine Aussagen getätigt werden können.

Weiter sagte er, dass die Fragen weitergegeben werden und um eine öffentliche Erklärung gebeten wird.

zu 9.3 Herr Helmich zum städtischen Internet

Herr Helmich sagte, dass die Internetseiten, beispielsweise von gastronomischen Einrichtungen der Stadt, blockiert sind, mit dem Verweis "Blockade aufgrund Kategorie Alkohol und Rauchen". Er fragte, ob dies durch die Verwaltung geprüft werden kann.

Herr Bürgermeister Geier sicherte eine Prüfung zu.

zu 9.4 Frau Ranft zu einem Termin mit dem Peißnitzhaus

Frau Ranft bezog sich auf einen Termin der von Frau Dr. Marquardt gemeinsam mit dem Peißnitzhaus organisiert wurde, welcher an einem Wochentag um 11 Uhr stattfinden soll. Sie fragte, ob die Möglichkeit besteht, diesen Termin auf den Nachmittag zu legen.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass nochmal mit dem Peißnitzhaus Kontakt aufgenommen und um eine Verschiebung beten wird.

zu 9.5 Frau Ranft zur Ausschreibung Sachbearbeiter Jugendparlament

Frau Ranft fragte nach dem aktuellen Stand zur Ausschreibung Sachbearbeiter Betreuung Jugendparlament.

Herr Paulsen sagte, dass die Stelle für Anfang 2024 avisiert ist. Ein genauer Zeitplan kann noch nicht gegeben werden.

zu 9.6 Frau Ranft zu Sprachmittlern

Frau Ranft sagte, dass die LAMSA die Sprachmittler bis Ende des Jahres betreut und Interesse daran besteht, das dann keine Lücke aufkommt. Sie fragte, wie es mit den Geldern für die Sprachmittler, die im Stadtrat beschlossen wurden, weitergeht.

Herr Paulsen sagte, dass grundsätzlich der Haushalt noch nicht freigegeben ist. Es gab jedoch ein Treffen mit den bisherigen Trägern der Sprachmittlung Halle. Dabei wurde besprochen, dass kein nahtloser Übergang funktioniert. Er sagte, dass die Träger damit gut umgehen können. In Vorbereitung einer möglichen Freigabe der Mittel wurde bei dem Treffen eine mögliche Projektstruktur besprochen.

zu 9.7 Herr Wels zum Laternenfest

Herr Wels bezog sich auf das Unwetter zum Laternenfest 2023 und die beschädigte Bühnentechnik der städtischen Bühnen. In diesem Zusammenhang stellte er 4 Fragen:

- 1. Welcher finanzielle Schaden ist entstanden?
- 2. Welcher finanzielle Schaden ist durch die Absage des Konzertes der Band Völkerball entstanden?
- 3. Wie wird der finanzielle Schaden reguliert? Gibt es einen kommunalen Schadensausgleich oder eine Veranstalterhaftpflichtversicherung? Werden diese Kosten den Haushalt noch belasten können?
- 4. Gibt es zu diesen Vorgängen Aussagen und wann wird der Stadtrat über die Vorgänge informiert.

Herr Paulsen sagte, dass die dort entstandenen Schäden in Bearbeitung sind und auch den Versicherungen gemeldet wurden. Er sicherte eine schriftliche Beantwortung zu, wenn es Klarheit über alle Schadensfälle gibt.

zu 9.8 Herr Raue zu Sperrmüll in der Zscherbener Straße

Herr Raue sagte, dass an der Ecke Zscherbener Straße und Harzgerorder Straße eine erhebliche Vermüllung von Hausmüll und Sperrmüll zu sehen ist. Er fragte, ob dies der Verwaltung bekannt ist und durch wen der Müll beseitigt wird.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass das Thema mitgenommen und geprüft wird. Die Verwaltung wird sich um eine schnelle Beseitigung kümmern.

zu 9.9 Herr Raue zu einer Akteneinsicht

Herr Raue fragte, ob die Akteneinsicht von der Stadträtin Frau Jacobi zu einer Immobilie der HWG zulässig ist.

Herr Bürgermeister Geier sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 10	Anregungen
zu 10.1	Herr Schied zur Hausordnung / Verbot von Fahrrädern im Bürogebäude
	ied bezog sich auf das Verbot von Fahrrädern im Büro. Er regte an zu prüfen, ob in der anderen Gebäuden die Möglichkeit besteht, Fahrräder mit ins Büro zu nehmen.
nicht aufn	Isen sagte, dass die Verwaltung das Thema bereits diskutiert hat und die Anregung ehmen wird. Aufgrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes und aus praktikablen gen heraus bleibt es beim pauschalen Verbot.
Es gab ke	eine weiteren Anregungen.
Herr Bür	germeister Geier bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.
Für die Ri	ichtigkeit:

Maik Stehle Protokollführer

Egbert Geier Bürgermeister